



Weihnachtsgrüße aus Berlin

Liebe Kolleginnen und Kollegen,
liebe Freundinnen und Freunde in
Baden-Württemberg,

es ist mir ein Bedürfnis in diesem Jahr den Mitgliedern der DPoIG Baden-Württemberg auf diesem Wege persönlich meine Weihnachtsgrüße zu übermitteln.

Ich möchte mich zu diesem Anlass bei allen Mandatsträgerinnen und Mandatsträgern für deren unermüdliches Engagement zum Wohle der DPoIG und der Mitgliederinteressen bedanken. Allein anhand der hohen Mitgliederzuwächse der letzten Jahre wird deutlich, dass sich der Landesverband Baden-Württemberg dank der herausragenden Arbeit aller Beteiligten unglaublich gut entwickelt hat.

Inhalt

- 2 4-Säulen-Modell kommt
- 3 Rechnungshof bestätigt DPoIG-Kritik
- 3 Polizeihaushalt 2023/2024 völlig unzureichend
- 4 LV tagt in Karlsruhe
- 6 Inflationsausgleichsprämie
- 6 Dirk Preis in den GLV gewählt
- 7 JHV Heidelberg
- 8 KOK-Anwärter
- 8 Personalratsmitglieder

Unser Dank gilt zudem der Landesleitung mit dem Landesvorsitzenden Ralf Kusterer an der Spitze sowie dem herausragenden Team der Geschäftsstelle unter der Leitung von Sarah Leinert, die alle, salopp formuliert, einen tollen Job machen.

Die Zeiten sind schwierig in Baden-Württemberg. Kaum ein Bundesland steht politisch, aber auch moralisch so unter Druck. In der laufenden Polizeifaffäre führt die häufig mangelnde Verantwortungsbereitschaft der Betroffenen dazu, dass das Verhalten Einzelner einen ganzen Berufsstand in die Schlagzeilen bringt. Viele Polizeibeschäftigte sind darüber berechtigt verärgert. Und leider ist das alles auch keine gute Werbeaktion, um neue Kolleginnen und Kollegen für die Polizeiarbeit zu begeistern. Ich hoffe, dass es schnell gelingt, die Umstände aufzuklären, und noch wichtiger, bei klarer Benennung und Verantwortung dieses Kapitel abzuschließen.

Wenn wir unseren Blick am Jahresende auf die wichtigen



Dinge richten, dann sind wir in Gedanken bei unseren Kolleginnen und Kollegen, die im vergangenen Jahr im Dienst verletzt oder getötet wurden, schwer erkrankten und teilweise ihren Kampf gegen die Krankheit verloren haben. Mein Dank gilt unserer DPoIG-Stiftung, die sich vieler Menschen annimmt und sie auf ihrem Weg unterstützt.

Ich möchte mich bei allen Mitgliedern für ihre Treue zur DPoIG bedanken. Im Bund und im Land sind wir mehr als nur bemüht, die Mitgliederinteressen zu vertreten und Verbesserungen jeglicher Art zu erreichen. Dank der respektablen Erfolgswelle der DPoIG Baden-Württemberg, ganz nach dem Motto „Unser Erfolg – dein Ge-

winn“, zahlt sich die Mitgliedschaft in der DPoIG täglich aus. Die vorrausschauende Analyse und Planung der Leitungsgremien und des Landesvorsitzenden sind die Basis dafür, dass man stets kompetent und immer mit mehreren Nasenlängen voraus Maßstäbe in der Interessenvertretung setzt. Gerne unterstütze ich dabei, freue mich aber auch einfach, wenn ich die Erfolgsmeldungen übermittelt bekomme.

Ich wünsche allen Leserinnen und Lesern eine besinnliche Adventszeit, frohe Festtage mit Zeit für Freunde und Familie sowie einen guten Rutsch ins Jahr 2023.

Ihr
Rainer Wendt,
Bundesvorsitzender



Frohe Weihnachten, einen guten Jahreswechsel und ein gesegnetes Jahr 2023 wünscht der Landesvorsitzende Ralf Kusterer mit dem Team der Landesgeschäftsstelle.



4-Säulen-Modell kommt – Dienstrechtsreform gD muss folgen

++++ 4-Säulen-Modell – mehr als 14 000 Beförderungen/Überleitungen +++++ mehr als 18 000 Beamte/Beamtinnen, die nach einem Aufstieg in den Erfahrungsstufen zusätzlich (früher) mehr Geld erhalten +++++ mehr als 11 400 Kolleg(inn)en, die circa 250 Euro monatlich PKV-Beitrag im Ruhestand sparen +++++ mehrere Tausend glückliche Eltern +++++ Tausende Empfänger von Nachzahlungen

Seit Monaten berichten wir über die durch den gewerkschaftlichen Rechtsschutz angestoßenen Verbesserungen der amtsangemessenen Alimentation. Jetzt ist es so weit. Der Gesetzgeber hat für einen großen Teil der Beamten Veränderungen vorgenommen, um den teilweise unter der Beteiligung der Grünen-Landtagsfraktion verursachten rechtswidrigen Zustand zu beenden. Für all diejenigen, für die dieser Zustand aktuell besteht, wird er verändert. Für all diejenigen, für die er in der Vergangenheit bestand, wird teilweise rückwirkend nachgebessert (gezahlt).

Auch wenn die aktuellen Verbesserungen aufgrund der hartnäckigen Verweigerungshaltung insbesondere des Ministerpräsidenten nicht auf

dem Verhandlungsweg erreicht wurden, sondern durch den gewerkschaftlichen Rechtsschutz erkämpft werden mussten, ist und bleibt das auch ein Erfolg für die DPoIG und ein deutlicher (finanzieller) Gewinn für unsere Mitglieder.

► Dienstrechtsreform gehobener Dienst

Unser Kampf für eine gerechte Bewertung und Bezahlung endet damit nicht. Ganz im Gegenteil. Wir haben bereits im Sommer die Forderungen für eine Dienstrechtsreform im gehobenen Dienst ab A 11 aufwärts vorgelegt und uns dafür bereits bei den aktuellen Haushaltsberatungen eingesetzt. Das erste Ergebnis ist nicht schlecht, es gibt 300 zusätzliche A11er-Beförderungsmöglichkeiten. Aber das ist noch weit weg von dem, was wir fordern: Einführung von A 13+Z (mindestend 400 Stellen), Abbau des Bewertungsüberhangs (456 Beförderungsstellen nach A 12 und 230 nach A 13), Abbau von 50 Prozent der Stellen im Eingangsamt auf 20 Prozent.

Wir haben jetzt deutliche Verbesserungen im mittleren Dienst erreicht, nachdem bereits vorher Verbesserungen im höheren Dienst vorgenommen



© DPoIG BW (2)

wurden. Jetzt muss der gehobene Dienst angepackt werden.

Mit dem erreichten Wegfall der Beförderungssperre werden die Polizeipräsidien zum Jahresbeginn 1. Januar 2023 in weitere Beförderungen mit Nachfolgebeförderungen einsteigen.

In der Regel mit zunächst Ausschreibungen nach A 13, in der Folge dann nach A 12 und dann mit den frei werdenden und zusätzlichen Haushaltsstellen nach A 11. Zahlreiche Präsidien werden wohl den quotierten Bereich in A 10 bis zur Beurteilungsrunde befördern können.

► Familienzuschlag

Wichtig ist uns, nochmals darauf hinzuweisen, dass unsere Beamtenfamilien prüfen, wer

den Familienzuschlag erhält. Je geringer die Besoldung je höher der Familienzuschlag.

► Andere Bundesländer

Nach den bisherigen Erkenntnissen aus anderen Ländern wird man ausschließlich Verbesserungen beim Familienzuschlag vornehmen. Bayern plant wohl, mit einem Ortszuschlag die amtsangemessene Alimentation anzugehen. Dort wird man das Land in sieben Klassen (Regionen) einteilen. München wird wohl den höchsten Ortszuschlag erhalten – soweit man tatsächlich dort auch wohnt. Der Rest bekommt geringere Zuschläge. Umgesetzt dürfte das für einen Großteil in Baden-Württemberg bedeuten, dass die wenigsten (Wohnortprinzip) von einer Verbesserung profitieren werden. ■



Impressum:

Redaktion: Sabine Dinger (V. i. S. d. P.)
Telefon 07251.703-1510
E-Mail: sabine.dinger@dpolg-bw.de

Landesgeschäftsstelle:
Kernerstraße 5, 70182 Stuttgart
Telefon 0711.9979474-0
Telefax 0711.9979474-20
Internet: www.dpolg-bw.de
E-Mail: info@dpolg-bw.de
ISSN 0723-1830



Rechnungshof bestätigt DPoIG-Kritik

Arbeitszeit der Bereitschaftspolizei muss verändert werden.

Mit Schreiben vom 14. Juli 2022 hat der Rechnungshof zu Einsätzen und Ausstattung der Bereitschaftspolizei Stellung genommen. Dabei bestätigt der Rechnungshof die Kritik der DPoIG zur Arbeitszeit, wenn er feststellt, dass sich das Arbeitszeitmodell für die Einsatzkräfte damit nicht an den dienstlichen Erfordernissen orientiert.

Für die Einsatzkräfte der Bereitschaftspolizei sind feststehende Arbeitszeiten von montags bis freitags definiert. Tatsächlich liegen deren Einsätze jedoch häufig außerhalb dieser Zeiten, vor allem an Abenden und Wochenenden.

Einsatzkräfte der Bereitschaftspolizei leisteten 2020 fast 850 000 Mehrarbeitsstunden, je Einsatzkraft durchschnittlich über 900 Stunden. Damit lag das Mehrarbeitsaufkommen bei mehr als 50 Prozent der Jahresarbeitszeit. 95 Prozent davon können durch Freizeit ausgeglichen werden. Dies zeigt, dass nicht die Arbeitsbelastung, sondern vor allem die nicht der Einsatzrealität entsprechenden feststehenden Arbeitszeiten ursächlich für den hohen Anteil an Mehrarbeitsstunden sind.

Der Rechnungshof empfiehlt, dass man die Arbeitszeitrege-



Rolf Schlindwein

lungen realitätsnah gestaltet. Rolf Schlindwein, Bezirksvorsitzender PP Einsatz, dazu: „Das ist unsere Forderung. Man muss die Arbeitszeitregelung für die Bereitschaftspolizei an die Arbeitszeitrealität anpassen. Es wird Zeit, dass man die Dienstzeiten – auch mit Blick auf die Planbarkeit und die Vereinbarkeit von Familie und Beruf – über verbindliche Dienst-/Einsatzpläne regelt. Er ist gut, wenn das jetzt auch der Rechnungshof feststellt. Es wird auch Zeit, dass

wir eine besondere Arbeitszeitzulage erhalten. Das gilt auch für die Einsatzeinheiten der Präsidien.“

Zustimmung kommt jetzt endlich auch vom Innenministerium, das diese Empfehlung und Forderung befürwortet. Wenn man jetzt an der Entwicklung eines rechtskonformen, konsensfähigen und speziell auf die Bereitschaftspolizei zugeschnittenen Arbeitszeitmodells arbeitet, ist das ein erster DPoIG-Teilerfolg. ■

Polizeihaushalt 2023/2024 völlig unzureichend

Zum Redaktionsschluss laufen die Haushaltsberatungen noch im Landtag. Aber all das, was wir bisher wissen, ist nicht nur ernüchternd, sondern auch erschreckend. Mit diesem Haushalt steht schon vor dem Beginn der Haushaltsjahre fest, dass die Gelder für die Polizeiarbeit nicht ausreichend sind.

Bei vielen Polizeipräsidien klafft zum Jahresende eine Lücke von weit über 100 000 Euro. Selbst auf Landesebene können Rechnungen in Millionenhöhe nicht bezahlt werden. Die Lage ist ernst und noch schlimmer als in den Vorjahren. Für viele Dienststellen und Einrichtungen bedeutet das, dass Rechnungen erst im neuen Jahr ausgeglichen werden können. Man startet also mit einem Minus.

Unter vorgehaltener Hand gibt es Zweifel daran, ob der angeschlagene Minister überhaupt noch willens und in der Lage ist, für die Innere Sicherheit und die Polizei die notwendigen Gelder zu generieren. Baden-Württemberg fällt immer weiter ab. Längst klafft nicht nur eine Lücke im Haushalt. Auch die Darstellung in Hochglanzbroschüren und das per-

sönliche „sich in Szene setzen“ des Ministers sind teilweise weit weg von der Realität.

Dazu Oliver Auras, stellvertretender Landesvorsitzender: „Es reicht eben nicht aus, täglich positive Pressemitteilungen zu produzieren und den Menschen Sicherheit vorzuspielen. Man muss täglich für diese Sicherheit kämpfen. Die Polizei

auf der Straße und ein Minister eben am Kabinetttisch oder in der Haushaltskommission. Wer das nicht tut, kann keine gute Beurteilung erwarten. Wer das nicht tut, lässt uns im Regen stehen.“

Für die Polizei ist das ein Desaster. Technische Innovationen bleiben auf der Strecke, beziehungsweise in den Planungsschranken. Die ganz normalen täglichen Aufgaben erledigt werden. Schon jetzt trifft die Polizei Baden-Württemberg in puncto Ausstattung und Ausrüstung ab. In der digitalen Welt sind uns andere Bundesländer schon weit voraus. Dringende Baumaßnahmen müssen verschoben werden. Das alles gefährdet die Innere Sicherheit. ■





Landesvorstand

Am 12. Oktober 2022 tagte der DPoIG-Landesvorstand das zweite Mal in diesem Jahr. Während man sich nach der Lockerung der Coronaeinschränkungen vor den Sommerferien in Böblingen zu Haushaltsberatungen getroffen hatte, tagte der Landesvorstand nun in Karlsruhe. Dankenswerterweise konnten wir bei besten Rahmenbedingungen in Karlsruhe bei der BGV-Versicherung tagen. Durch die gute Zusammenarbeit mit Thorsten Söffner, dem Direktionsbevollmächtigten öffentlicher Dienst, war dies kurzfristig möglich.

Auf der Tagesordnung standen eine ganze Reihe interner Angelegenheiten. Unter an-

derem wieder Haushaltsberatungen, jetzt für die Haushaltsjahre 2023 und 2024.

Diese sollten die Grundlage für die abschließenden Haushaltsberatungen im Landes-

hauptvorstand bilden. Im Gegensatz zum Polizeihaushalt konnte der DPoIG-Finanzchef Daniel Hoffmann über eine ausreichende Kapitaldeckung verfügen und mit einer umfangreichen Berichterstattung die Haushaltsvorlage unterlegen.

Schon seit einiger Zeit stehen umfangreiche Sanierungs- und Baumaßnahmen im



tagt in Karlsruhe

Gebäude der Landesgeschäftsstelle an. Mit einem umfassenden Bericht konnte der Landesvorstand auf den neusten Stand gebracht werden. Einstimmig wurde der Geschäftsführende Landesvorstand mit der Durchführung der Planungen und baulichen Maßnahmen beauftragt. Zügig möchte der Landesvorstand damit auch einen Ausbau des obersten

Stockwerks in der Kernerstraße realisieren und damit nicht nur die Arbeitsfähigkeit der Geschäftsstelle erhalten und verbessern. Ziel ist auch der Werterhalt und die Steigerung der Immobilie.

Auf der Tagesordnung standen umfangreiche Beratungen zu aktuellen berufspolitischen und gewerkschaftspolitischen Themen. Dabei unterstrichen

die Mitglieder des Landesvorstandes die Notwendigkeit, nach dem Inkrafttreten des 4-Säulen-Modells weitere Verbesserungen für den gehobenen Dienst (Polizei und Verwaltung) durchzusetzen. Die Planungen für eine umfassende Dienstrechtsreform mit Verbesserungen ab A 11 bis A 13 plus Zulage und ein klares Bekenntnis zum Abbau des Oberkommissarsbauchs mit

einer Reduzierung des Eingangsamtes auf maximal 20 Prozent standen dabei im Mittelpunkt.

In großer Einigkeit und einem sehr harmonischen Verlauf endete die 2. Sitzung des Landesvorstandes, bei der förmlich die hohe Motivation und die Bereitschaft spürbar waren, den erfolgreichen Weg der DPoIG fortzusetzen. ■



Inflationsausgleichsprämie

Gibt es die Inflationsausgleichsprämie auch für Tarifbeschäftigte im öffentlichen Dienst?

Ab dem 26. Oktober 2022 können Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber ihren Beschäftigten steuer- und abgabenfrei einen Betrag bis zu 3 000 Euro gewähren. Das sieht die sogenannte Inflationsausgleichsprämie vor, die die Bundesregierung auf den Weg gebracht hat. Hierbei handelt es sich um eine freiwillige Leistung der Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber.

Bis Ende 2024 sollen Zahlungen der Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber bis zu 3 000 Euro steuer- und sozialversicherungsfrei möglich sein. Die Inflationsausgleichsprämie ist Teil des dritten Entlastungspakets vom 3. September 2022.

Eckpunkte der Regelung sind unter anderem:

- › Der Begünstigungszeitraum ist zeitlich befristet – vom 26. Oktober 2022 bis zum 31. Dezember 2024.
- › In diesem Zeitraum sind Zahlungen der Arbeitgeberinnen

und Arbeitgeber bis zu einem Betrag von 3 000 Euro steuer- und sozialversicherungsfrei möglich.

- › Die Inflationsausgleichsprämie muss zusätzlich zum ohnehin geschuldeten Arbeitslohn gewährt werden.

› Wer erhält die Inflationsprämie?

Bei der Inflationsprämie handelt es sich, wie schon bei der Coronaprämie, um eine Sonderzahlung. Arbeitgeber können ihren Beschäftigten einen Betrag von bis zu 3 000 Euro gewähren. Eine Verpflichtung für die Arbeitgeber gibt es dazu nicht, für Beschäftigte besteht kein rechtlicher Anspruch darauf.

Da es sich bei der Inflationsprämie um eine freiwillige Sonderzahlung handelt, ist gar nicht klar, wer in welcher Höhe diese Zahlung erhält. Nicht alle Unternehmen werden Sonderzahlungen an die Mitarbeitenden



bezahlen können, da sie selbst von der Krise betroffen sind.

› Sonderzahlungen im öffentlichen Dienst

Im öffentlichen Dienst können Sonderzahlungen nur dann ausbezahlt werden, wenn das in einem Tarifvertrag vereinbart wurde. Die nächsten Tarifverhandlungen für die Landesbeschäftigten beginnen Mitte 2023. Sollte die Sonderzahlung Teil des Tarifabschlusses bei den Verhandlungen zum TV-L Ende 2023 werden, dann können Beschäftigte mit Tarifvertrag einen Anspruch auf die Inflationsausgleichsprämie haben.

Als Angehörige des öffentlichen Dienstes schaffen unsere

Arbeitgeber zwar die Möglichkeit zur Bezahlung einer Sonderprämie, von einer tatsächlichen Auszahlung an ihre Beschäftigten für die derzeitigen Belastungen ist freilich nichts zu vernehmen.

Ähnlich wie bei der Coronasonderzahlung werden die Arbeitgeber vermutlich erst bei den 2023 anstehenden Tarifverhandlungen wieder darauf zurückkommen.

Wir als DPoIG wollen dauerhafte Lohnprozente, die sich in der Tabelle und damit auch in der Zukunft auswirken und keine Einmalzahlungen, deren Effekte schnell verpuffen. Zumal die Sonderzahlungen keine positiven Auswirkungen auf die Rente haben. ■

Dirk Preis in den Geschäftsführenden Landesvorstand gewählt

Der Geschäftsführende Landesvorstand besteht aus der Landesleitung und drei Beisitzer(innen) aus dem Landesvorstand. Nachdem bereits vor geraumer Zeit Jürgen Vogler als Bezirksvorsitzender ausgeschieden war, wurde jetzt Dirk Preis in den Geschäftsführenden Landesvorstand gewählt.

Dirk Preis, der im Oktober 2022 als Vorsitzender für den Bezirks-

verband Offenburg gewählt wurde, gehört schon seit 2019 dem Gremium beratend als Sonderbeauftragter an.

Jetzt rückt er voll stimmberechtigt auf.

Der Landesvorstand wählte Preis einstimmig, was ein besonderer Beleg für die hohe Akzeptanz und Anerkennung seiner Arbeit und Person ist. ■



Jahreshauptversammlung Heidelberg

Christiane Schäfer bleibt an der Spitze des Kreisverbandes.

Am 24. Oktober 2022 hatte der Kreisverband Heidelberg zur Jahreshauptversammlung in die Verkehrsdienst-Außenstelle Walldorf (Autobahnpolizei) eingeladen. Der dortige Lehrsaal war bis auf den letzten Platz gefüllt. Zahlreiche Mitglieder im aktiven Dienst und Pensionäre waren der Einladung gefolgt und zeigten damit das Interesse an der DPoG und den aktuellen berufspolitischen Entwicklungen.

Mit umfangreichen Berichten zur Arbeit vor Ort, dem Kassenesen und zu den kleinen und großen Problemen in der polizeilichen Arbeit vor Ort präsentierte sich der Kreisvorstand professionell und, wie man dem Beifall entnehmen konnte, zur großen Zufriedenheit der Mitglieder.

Aus Stuttgart war der Landesvorsitzende Ralf Kusterer für seinen Lagebericht angereist, der emotional und engagiert auf die aktuellen Entwicklungen einging und dabei auch die Polizeiaffäre und die Causa Strobl nicht ausließ. Dabei zeigten die Rückmeldungen der Teilnehmer(innen), dass man kein Verständnis für das Handeln des Ministers hatte und man ausdrücklich die klaren Worte und Statements begrüßt und unterstützt.

Aus Gernsbach im Murgtal war Dirk Preis angereist, der umfang- und detailreich das 4-Säulen-Modell vorstellte. Man spürte, dass da ein absoluter Fachmann referierte, der alle Fragen beantwortete und so manchen erstaunten Blick auslöste. Dabei waren es insbesondere die Pensionäre, die sich über den Erfolg und die Umsetzung jahrzehntelanger Forderungen für Verbesserungen im mittleren Dienst freuten. Auch wenn sie selbst nicht profitieren können.

Nach den umfangreichen Berichten der Vorstandschaft war die einstimmige Entlastung eigentlich nur noch Formsache. Nicht aber die folgende Verabschiedung von langjährigen Aktivposten im Vorstand, wie Manfred Riehl und Peter Henn. Beide haben sich um den Verband verdient gemacht und haben sich noch einige Jahre im Ruhestand in den Dienst des Verbandes gestellt, was Dank, Anerkennung und Respekt verdient.

Zu Beisitzern wurden gewählt:

- > Torben Janson (PRev Mitte),
- > Bernhard Ballermann (PRev Wiesloch),
- > Corinna Bengel (PRev Hockenheim),
- > Kerstin Ballermann (PRev Schwetzingen),

Bei den anstehenden Wahlen wurden einstimmig gewählt:

Kreisvorsitzende	Christiane Schäfer
Stellvertreter	Uwe Hagmann
Stellvertreter	Yvonne Wolf-Rohr
Stellvertreter und Pressesprecher	Wolfgang Metzger
Kreisgeschäftsführer (Beisitzer PRev Süd)	Matthias Köhler
Schriftführerin und Tarifbeauftragte	Birgit Schmitt
Schatzmeister	Jörg Steffin
Stellvertretender Schatzmeister und Pressesprecher	Thomas Fänderich
Stellvertretender Pressesprecher (Beisitzer PRev Weinheim)	Christian Bausch
Schwerbehindertenvertreterin (Beisitzerin PRev Neckargemünd)	Tanja Kreft
Migrationsbeauftragter	Jürgen Haust
Kassenprüfer (Beisitzer PRev Nord)	Alexander Willwert
Kassenprüfer	Sören Köhler
Stellvertretender Kassenprüfer	Hans-Joachim Hohenadel

- > Klaus Großkinsky (PRev Eberbach),
- > Alexander Rebok (VK HD),
- > Hartwig Schönhoff (VK Walldorf),
- > Stefan Feigenbutz (EZ),
- > Boris Scheitler (WSP)
- > Reinhard Hinz (PHFSt).

Was wäre eine Jahreshauptversammlung ohne die Ehrung verdienter Mitglieder. Für **25 Jahre** wurden Oguz Gümüs und Tanja Kreft geehrt.

Thomas Fänderich, Siegfried Jessl, Gernot Jungmann, Uwe Schrötel und Roman Schumacher konnten für **40 Jahre** geehrt werden. Für **50 Jahre** ehrte der Kreisverband Reimund Bott, Karl-Heinz Feindler, Hans Geiser, Hartmut Tiefe und Manfred Riehl. Für **60 Jahre** Mitgliedschaft wurde besonders Peter Haag geehrt, der sich immer noch bester Gesundheit erfreut.





Kriminaloberkommissarsanwärter(innen)

Chancen oder Risiken

Es war eine der Entscheidungen des Innenministers, die nicht überall auf Zustimmung gestoßen ist, die sogenannte Y-Ausbildung. Am 1. April 2023 werden 121 Kolleginnen und Kollegen der ersten Stunde das K-Studium beendet haben. Für viele stellt sich dann die Frage der späteren Verwendung. Wie alle anderen Studienabgänger möchten die meisten heimatnah verwendet werden. Gäbe es da nicht den Bedarf der Stuttgarter Dienststellen und

Einrichtungen. Das Polizeipräsidium Stuttgart wird nach neuesten Informationen vermutlich 14 Studienabgänger erhalten, das Landesamt für Verfassungsschutz einen und das Landeskriminalamt 26 Kriminaloberkommissare. Damit werden von 121 wohl 41 Student(inn)en nach dem Studium von Villingen-Schwenningen nach Stuttgart fahren, also jede(r) Dritte.

Die Chancen, heimatnah verwendet werden zu können, lie-



> Berthold Kibler

gen dabei weit hinter denen der Polizeioberkommissarsanwärter(innen). Von den 455 Absolventen sollen nach bisherigen Informationen 63 die Reise nach Stuttgart antreten, also nur jeder Siebte.

Wir bezweifeln, dass es so viele Kolleginnen und Kollegen geben wird, die im Großraum Stuttgart wohnen und damit heimatnah verwendet werden. Wir rechnen mit neu aufkommenden Versetzungswünschen nach den

fünf Jahren Mindestverweilzeiten im Stuttgarter Raum. Kriminaloberkommissare, die sich dann auf die begrenzten Stellen der Kriminalpolizei in den anderen Präsidien bewerben. Wünsche, denen man teilweise nur mit einem Wechsel zur Schutzpolizei begegnen könnte, wenn man das möchte. Hatte man doch diese extra für die Kriminalpolizei ausgebildet und der Bedarf einer spezifischen Fortbildung für Schutzpolizeithe-men wäre erforderlich.



Schulung für Personalratsmitglieder

Mit einer Schulung für Personalratsmitglieder beim PP Einsatz und einer Schulung für Personalratsmitglieder beim LKA schloss das DPolG-Schu-

lungsteam zum Jahresende das Schulungsprogramm ab.

Die DPolG-Landesleitung dankt ganz besonders dem

Referententeam Jürgen Vogler, Roland Raible, Sarah Leinert, Dirk Preis, Ralf Kusterer für deren Einsatz. Die äußerst positiven Rückmeldun-

gen zeigen die höchste Zufriedenheit der Teilnehmer(innen), deren Wissens- und Erfahrungsdurst es zu stillen galt.

